

Offenes Blatt

DIE LINKE. Schwerin
März 2011

**Frauentags-
kaffeeklatsch**
Freitag
11. März 2011
17:00 Uhr im
Spiegelsaal
Ritterstuben

In dieser Ausgabe:

Thema Kitagebühren	Seite 3
Neofaschismusausstellung	Seite 4
Meinungen	Seite 5
Rosa-Luxemburg-Stiftung	Seite 6/7



oben: Kreisvorstandssitzung
beim Kinderschutzbund
unten: Spendenübergabe an
Frau Gabriele Jäger, stellver-
tretende Vorsitzende des DKSB
KV Schwerin (Foto Klawitter)

Beitrag Seite 3



Aktionsbündnis für ein friedliches und weltoffenes Schwerin gegründet

Weit über 100 Schwerinerinnen und Schweriner waren der Einladung in den Demmlersaal im Rathaus gefolgt, um hier das Aktionsbündnis für ein friedliches und weltoffenes Schwerin aus der Taufe zu heben. In ihrer Begrüßung betonte die Oberbürgermeisterin den parteiübergreifenden und interreligiösen Charakter des Bündnisses und war sichtlich erfreut über die große Teilnehmerzahl. Viele Bürgerinnen und Bürger nutzten die Möglichkeit, sich durch ihre Unterschrift dem Aktionsbündnis anzuschließen. Es gibt verschiedene Ursachen für Menschenfeindlichkeit und Intoleranz. Unterschieden werden muss zwischen inneren und äußeren Ursachen. Zu den äußeren Ursachen zählt der Rechtsextremismus - insbesondere die NPD. Zu den inneren Ursachen zählt aber auch die Entwicklung in der Gesellschaft. Auch die Diskussion um die Verlagerung des Obdachlosenheimes machte deutlich, wie menschenverachtend Teile der öffentlichen Debatte waren. Hier



Landesrabbiner Wolff

hätten Intoleranz und Unmenschlichkeit ein leichtes Spiel. Lothar Wilken (Geschäftsführer des Unternehmerverbandes M-V) informierte als Vertreter der Landesinitiative „WIR - Erfolg braucht Vielfalt“ und freute sich über das erste regionale Bündnis, das den Zielen der Landesinitiative entspricht. Er brachte seine Erwartungshaltung zum Ausdruck, dass jeder Einzelne nicht nur unterschreibt, sondern in seinem Umfeld auch entsprechend wirkt.

Der Landesrabbiner, Dr. William Wolff, betonte die Notwendigkeit der freien Gedanken und des Gedankenaustauschs. Diese Möglichkeit des Austausches von Gedanken nannte er Geschenk, Bereicherung und Recht zugleich. Er bezeichnete dies als Grundlage der Demokratie. „Für dieses Recht möchte ich nicht noch einmal in die Fremde gehen müssen. Aber ich bin bereit, dafür auf die Barrikaden zu gehen.“ so der Landesrabbi-

ner wörtlich. Für die demokratischen Fraktionen und Abgeordneten der Stadtvertretung Schwerin sprach der Stadtpräsident Stephan Nolte. Er hob die Vielfalt der Positionen innerhalb des Bündnisses hervor und würdigte, dass diese verschiedenen Positionen die Zusammenarbeit im Bündnis nicht verhindern werden. Eine gelungene Veranstaltung, die Mut macht, ein Auftakt der optimistisch stimmt.

Peter Brill



Kreisvorsitzender VVN/BdA Michael Strähnz, Kreisvorsitzender DIE LINKE. Schwerin Stefan Schmidt und Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow zählten zu den Erstunterzeichnern

Wort zum Monat

Von Stefan Schmidt,
Vorsitzender
des Kreisvorstandes
Schwerin der Partei
DIE LINKE



Liebe Genossinnen und Genossen, ein ereignisreicher Monat liegt hinter uns sowohl bundespolitisch, als auch in unserer Stadt. In der Bundespolitik wurde die Chance vertan, die Hartz-Gesetze etwas menschenwürdiger zu gestalten und die Bundesregierung verspielt ihre Glaubwürdigkeit, indem ein Minister viel zu lange im Amt geblieben ist, der offensichtlich nicht einmal vor einem Betrug zurückschreckt um sich einen persönlichen Vorteil zu verschaffen.

Regierung und SPD klopfen sich gegenseitig auf die Schulter, weil sie einen Kompromiss gefunden haben, der aber an dem vom Bundesverfassungsgericht kritisierten Zustand nicht im Geringsten etwas ändert. Von einem transparenten, nachvollziehbaren Ermittlungsverfahren bei der Bestimmung der Regelsätze kann keine Rede sein. Vielmehr hat man Statistiken solange zu Recht gerechnet, bis das gewünschte Ergebnis herauskam, dass die Regelsätze nur um wenige Euro steigen. Zusätzlich wurde für Kinder aus Hartz-IV-betroffenen Familien ein „Bildungspaket“ verabschiedet, das letzten Endes vor allem die gewerbliche Nachhilfe und die großen Wohlfahrtsverbände freuen wird, da der Abrechnungsaufwand insbesondere für kleine ehrenamtlich arbeitende Vereine einfach zu groß sein wird. Inwieweit dieses Angebot von den Betroffenen überhaupt angenommen wird und ob die Kinder von dieser Förderung tatsächlich profitieren können, wird erst die Zukunft zeigen. Die repressive Ausgestaltung der Hartz-IV-Gesetze bestätigt uns aber nach wie vor in der Forderung nach der Abschaffung dieses Verunsicherungssystems und die Überführung in eine menschenwürdige Grundsicherung ohne repressiven Ansatz. Betrachtet man die aktuelle Diskussion

um den Betrug durch den Bundesminister zu Guttenberg, könnte man sich fragen, wo bleiben hier die repressiven oder nennen wir es lieber erzieherischen Ansätze der Bundeskanzlerin, denen sich jeder Hartz-IV-Empfänger nur bei dem leisesten Verdacht eines „Betruges“ unterwerfen muss. Aber ein Bundesminister sollte offensichtlich betrügen und lügen können, ohne dass dies für seine Tätigkeit oder auf seine finanzielle Situation einen Einfluss hat. Die Bundeskanzlerin hielt bis zum Ende an ihrem Minister fest. Doch welche Vorbildwirkung hat das für die Menschen in unserem Land? Der Ruf der Politiker in unserem Land ist ohnehin nicht der beste und nun ein solcher Betrug durch den in der Bevölkerung bisher beliebtesten Minister dieser Regierung? Wenn ein solches Handeln so lange Zeit ohne Konsequenzen bleibt, wird nicht nur das persönliche Ansehen eines Menschen, sondern das übrig gebliebene Vertrauen in die Demokratie in unserem Land in Frage gestellt.

Ähnlich problematische Ereignisse gab es in den letzten Wochen auch in unserer Landeshauptstadt. Die Diskussion um den Umzug der Wohnungslosenunterkunft hat gezeigt, wie leicht es heute schon wieder ist, auf dem Rücken von Betroffenen politische Profilierung zu betreiben und dabei die Würde von Menschen, das letzte was ihnen geblieben ist in dieser Situation, mit Füßen zu treten. Ein Stadtteil mit 12.000 Einwohnern sieht angeblich sein soziales Gefüge in Gefahr, weil hier knapp 40 Wohnungslose in einem zuvor als Kindertagesstätte betriebenen Gebäude untergebracht werden sollen. Die Diskussion erweckt jedoch eher den Eindruck, dass Sorgen, die zum Teil durchaus berechtigt sein mögen und die bedacht sein sollten, vorge-schoben werden, damit diesen Menschen zwar geholfen wird, dies aber „vor der Haustür“ eines anderen Stadtteils passiert. Dafür können Wohnungslose auch kriminalisiert werden. Es werden Unterschriften gegen diese Menschen gesammelt und an Verwaltung und Stadtvertretung übergeben. Doch die gesellschaftlichen Ursachen von Obdachlosigkeit bleiben dabei vollkommen außer Acht. Menschen, die oft ohne persönliches Verschulden in eine solche Situation kommen, haben das Recht, Hilfe zu erhal-

ten, sodass sie möglicherweise irgendwann in ein geregeltes Leben zurückkehren können. Gerade ein Stadtteil mit so gefestigsten sozialen Strukturen, wie die Schweriner Weststadt, muss dazu in der Lage sein, diese knapp 40 Menschen aufzufangen.

Optimistisch macht mich das einhellige Abstimmungsergebnis in der Stadtvertretung zu diesem ausgewogenen Vorschlag der Verwaltung. Aber die vorausgegangene Diskussion einzelner Stadtvertreter ist Wasser auf den Mühlen von Menschen, die Politik mit Hilfe von Menschenverachtung und Benachteiligung von Minderheiten betreiben. Solches Verhalten kann Wegbereiter für faschistisches Gedankengut sein, ähnlich wie es in der Ausstellung der VVN BdA auf einer der Ausstellungstafeln zu sehen war, wo ähnliche verbale Attacken eines Bundesministers und anderer hoher Politiker zu finden waren. Hoffnungsvoll stimmt in diesem Zusammenhang das sehr große Interesse an der Gründung des neuen Schweriner Aktionsbündnisses für ein friedliches und weltoffenes Schwerin. Unter dem Eindruck des Naziaufmarsches und des viel zu geringen Protestes dagegen im vergangenen September haben sich zahlreiche Vereine, Verbände und auch viele Einzelpersonen zusammengefunden, um in Schwerin gemeinsam, bei allen sonstigen politischen Differenzen, für den Erhalt und den Ausbau einer demokratischen Gesellschaft zu kämpfen, notfalls auch auf die Barrikaden zu gehen, wie es der Landesrabbiner William Wolff formulierte.

Nun gilt es, dieses Aktionsbündnis mit Leben zu füllen, mit dem bunten Leben unserer Stadt in allen ihren Bereichen, friedlich und weltoffen, aber wo nötig eben auch entschlossen gegen Menschen, die dieses Zusammenleben gefährden.

Hier liegt viel Arbeit auch vor unserer Partei, nicht nur, aber auch in der Schweriner Weststadt. Ich hoffe und baue auf Eure tatkräftige Unterstützung!

Mit solidarischen Grüßen

Eine Troika für soziale Gerechtigkeit

Der Ausgang der Bürgerschaftswahl am 20. Februar wird die Hartz-IV-Verhandlungen in Berlin beeinflusst haben. Warum hat man denn sonst mit dem Kompromiss gewartet? Die Hamburgwahl beweist, dass die LINKE auch in westdeutsche Parlamente wiederholt einziehen kann. Die LINKE hat gezeigt, dass sie als 3-K-Opposition (kritisch – konstruktiv – konsequent) und der klaren

Wahlaussage, dass sie nicht als Mehrheitsbeschafferin für die SPD zur Verfügung steht, ihr klares Profil bewiesen und so die Hamburger/innen überzeugen können. Die Aufgabe der linken Fraktion in Hamburg ist es, die SPD jetzt erst recht und noch stärker von links unter Druck zu setzen. Nach der Wahl ist vor der Wahl. Der nächtliche Kompromiss zu Hartz IV kennt nur einen Sieger, den Neoliberalismus.

Zu keinem Zeitpunkt der wochenlang anhaltenden Verhandlungen wurde über Wege aus Hartz IV gesprochen. Aktive Arbeitsmarktpolitik und öffentlich geförderte Beschäftigung waren und sind tabu. Die ohnehin schon stark gekürzten Mittel für Maßnahmen, die den Erwerbslosen helfen könnten, werden noch einmal zusammengestrichen, um die Nacht-ergebnisse finanzieren zu kön-

nen. Auch wenn die Grünen den Verhandlungstisch verlassen haben, gegen die große Hartz-IV-Koalition steht nur eine ehrliche Kraft, DIE LINKE. Wir bleiben dabei: Hartz IV als Armut per Gesetz muss überwunden werden. Wir stehen für Gute Arbeit, Gute Löhne und Gute Rente – das ist die Troika für soziale Gerechtigkeit und mehr Lebensqualität.

Helmut Holter

Kitagebühren - wie weiter?



Peter Brill Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses

Auf der letzten Staffvertreter Sitzung war es so weit. Das erste Mal löste sich die einheitlich handelnde Verwaltungsspitze auf. Unsere Oberbürgermeisterin musste feststellen, dass sie zum Thema Betreuung in den Kindertagesstätten eine andere Position vertritt als der zuständige Dezernent Herr Niesen. Worum geht es?

Das Land hat einen Betreuungsschlüssel festgelegt. Dieser sagt aus wie das Verhältnis zwischen Kindern und Erzieherinnen bzw. Erziehern bestimmt ist. Im Kindergarten gilt für die Berechnungen im ganzen Land die Grundlage von 1,5 Erzieher/innen auf 18 Kinder. Nur in unserer Stadt liegt dieser Schlüssel seit Jahren bei 1,35 Erzieher/innen auf 18 Kinder. Natürlich finden die Träger der Kindertagesstätten, dass sie benachteiligt sind. Weniger Personal, das führt zu mehr Stress bei den Kolleginnen und Kollegen. Das zeigt sich in deutlich steigenden Krankschreibungen. Insbesondere die Zahl der langfristigen Krankschreibungen hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Das führt neben dem geringeren Betreuungsschlüssel natürlich auch zu einer schlechteren Qualität in der Kinderbetreuung. Es ist also dem Engpa-

gement der Kolleginnen und Kollegen zu verdanken, dass die Kleinen trotzdem gerne in die Kita gehen und dort gut betreut werden.

Da sich die Träger benachteiligt sahen, klagten einige ihr gutes Recht ein. Zunächst nur die Diakonie und die Propstei-gemeinde "St. Anna". Die Schiedsstelle gab beiden Trägern recht. Sie haben nun bereits den Schlüssel von 1,5 Erzieherinnen auf 18 Kinder durchgesetzt. Jedes Verfahren vor der Schiedsstelle kostet der Stadt, wenn sie verliert, 10.000,00 Euro für jede Einrichtung. Der zuständige Dezernent, Herr Niesen, teilte die Auffassung des Schiedsgerichtes nicht. Es kam zur Klage vor dem Gericht. Auch hier unterlag die Stadt und musste die Kosten tragen. Für die Stadt nur Kosten, für die Kinder ein Gewinn.

Damit, so dürfte man denken, ist die Sache klar. Auch in Schwerin sollte nach dieser Erfahrung ein Betreuungsschlüssel von 1,5 zu 18 nun ganz klar sein. Gerichte haben ja schließlich entschieden. Der Dezernent sieht das anders, er will mit den Trägern weiter auf der Grundlage des alten Betreuungsschlüssels verhandeln. Das Ergebnis ist absehbar, die Träger werden vor die Schiedsstelle und notwendigenfalls auch vor das Gericht gehen. Die Kosten trägt die Stadt, denn die Träger werden

wieder gewinnen. Mir gegenüber haben alle Träger erklärt, dass sie bereit sind, vor die Schiedsstelle und das Gericht zu ziehen. Allein die Kitag GmbH mit ihren vielen Einrichtungen würde nur vor der Schiedsstelle einen finanziellen Verlust für die Stadt in sechsstelliger Höhe verursachen.

Allerdings hat die Sache auch einen Nachteil. Die Kosten pro Platz steigen und damit die Kosten für die Stadt und insbesondere auch für die Eltern. Qualität hat eben ihren Preis. Wenn da nicht die Landesmittel wären, die die Stadt frei verteilen kann. Diese Mittel ordentlich verteilt auf alle Betreuungsformen und -arten könnten dazu führen, dass die Elternbeiträge nur moderat steigen. Man darf nur nicht den Fehler machen, diese Mittel des Landes nur in die Krippenbetreuung zu investieren. Da könnten die Beiträge in der Krippe sogar sinken, in den anderen Bereichen Kindergarten und Hort würden die Elternbeiträge dafür deutlich steigen. Im Gegenteil, wenn der Betreuungsschlüssel im Kindergarten erhöht werden muss, dann steigen dort die Elternbeiträge besonders stark. Als Gegenmaßnahme müsste man die Landesmittel natürlich bevorzugt hier einsetzen. Dann würden auch hier die Elternbeiträge moderat steigen.

Genau dies ist die Forderung des Stadtelternrats. Er hat erklärt, dass er bereit ist, moderat

steigende Elternbeiträge zu akzeptieren, wenn dafür eine qualitativ bessere Betreuung ermöglicht wird.

Da steht er nun ganz alleine da der Dezernent Herr Niesen. Doch ganz allein steht er nicht. Der Kreisparteitag der SPD hat beschlossen für die Kinderbetreuung soll gelten: bessere Qualität ja - steigende Elternbeiträge nein. Wie das gehen soll? Das wurde nicht beschlossen. Fest steht jedoch, dass Qualität ihren Preis hat. Dass die SPD, deren Sozialministerin Manuela Schwesig hier in Schwerin direkt kandidiert, dies nicht so gerne hört, ist verständlich. Im Herbst sind Wahlen und welche Sozialministerin lässt sich da gerne fragen, warum die Elternbeiträge steigen. Realitäten muss die SPD trotzdem zur Kenntnis nehmen. Die Träger werden vor die Schiedsstelle gehen, wenn bei den Verhandlungen nicht der bessere Betreuungsschlüssel umgesetzt wird. Dies kostet der Stadt unnötig Geld. Also wären die SPD Schwerin und ihr Finanzdezernent gut beraten, Realitäten zur Kenntnis zu nehmen. Moderat steigende Elternbeiträge bei einer deutlichen Qualitätsverbesserung wären ein realistisches Ziel, mit dem Träger, Stadtelternrat, die Oberbürgermeisterin, ich als Jugendhilfeausschussvorsitzender und vor allem die Kinder leben könnten. Nur Herr Niesen, dem fällt das schwer.

Offener Kindertreff muss erhalten bleiben

Mehrfach war in den letzten Wochen in der Presse zu lesen, dass der Schweriner Kreisverband des Deutsche Kinderschutzbundes große Probleme bei der Finanzierung des offenen Kindertreffs in der Perleberger Straße hat. Dabei geht es insbesondere um die Personalkosten für die Betreuerin des Kindertreffs, Frau Westphal. Diese Stelle wurde bisher aus Rücklagen des Vereins finanziert, die durch sehr hohe Bußgeldeinnahmen in vergangenen Jahren gebildet werden konnten. Diese Einnahmen haben sich jedoch in letzter Zeit stark reduziert und sind vor allem sehr schlecht planbar, so dass die Rücklagen zum Ende des Mo-

nats März aufgebraucht sind. Anders als zum Teil in der Presse dargestellt sind die anderen Projekte des Vereins, wie der pädagogische Mittagstisch, das Kinder- und Jugendtelefon oder die psychosoziale Prozessbegleitung von diesen Problemen nicht direkt betroffen, versicherten uns die Mitarbeiterinnen des Kinderschutzbundes auf unserer letzten Kreisvorstandssitzung. Diese fand vor Ort in den Räumen des Vereins statt und wir nutzten die Gelegenheit, um uns über die gesamte Palette der Angebote des Kinderschutzbundes zu informieren. Um sich nicht nur mit Worten und politischen Bekundungen für den Erhalt

des offenen Kindertreffs in diesem sozialen Brennpunkt unserer Stadt zu streiten, habe ich mich als Unternehmer und Kreisvorsitzender unserer Partei entschlossen, dem Kinderschutzbund eine Spende zu überreichen. Das durch den Kinderschutzbund gewählte Modell für die personelle Besetzung dieser Stelle trägt vor allem der Notwendigkeit einer kontinuierlichen Beziehungsarbeit mit den Kindern und ihren Eltern Rechnung und es sollten Wege gefunden werden, um diese Arbeitsweise dauerhaft zu ermöglichen. Gleichzeitig sollten wir aber für das laufende Jahr nach Möglichkeiten suchen, um dieses Projekt in

der bestehenden Form zu erhalten. Als Unternehmer möchte ich mich dabei insbesondere an die in Schwerin ansässige Wirtschaft wenden, die den Kinderschutzbund bereits bei vielfältigen Projekten unterstützt. Für das laufende Jahr benötigt der Kinderschutzbund noch etwa 20.000 Euro, um die Arbeit in der bisherigen Qualität fortzusetzen. Für die folgenden Jahre bin ich optimistisch, dass der Kinderschutzbund auch mit der breiten Unterstützung vieler Menschen aus unserer Stadt andere Lösungswege zur Erhaltung dieser wichtigen Einrichtung für die Kinder auf dem Großen Dreesch finden wird.

Stefan Schmidt

Bildungszensur für Neofaschismusausstellung in der Kritik

Gewerkschaften und Linke lehnen Ausstellungsverbot für Neofaschismus-Ausstellung ab und fordern, die Bildungszensur in Mecklenburg-Vorpommern aufzuheben

Am letzten Januartag 2011 wurde im Schweriner Stadthaus die Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ von Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow eröffnet. Bereits im Vorfeld hatten Landräte, Bürgermeister und hochrangige Politiker die gemeinsame Ausstellung von ver.di Nord und VVN-BdA eröffnet oder begleitet. In Jena und Ilmenau fand die Ausstellung großes Interesse. Universitäts-Rektor Peter Scharff, hatte sich beim Studentenrat für die Ausstellung bedankt und betont, dass deren Anliegen mit dem Leitbild der Universität übereinstimme. Trotz des positiven Echos auf mittlerweile über 50 Ausstellungseröffnungen seit der Novellierung der Exposition zum 8. Mai 2010 hatten nun in Schwerin CDU/FDP-Fraktionschef Sebastian Ehlers und FDP-Landesvorsitzender Christian Ahrendt die Ausstellung auf das Heftigste öffentlich attackiert. Christian Ahrendt hantierte mit Extremismusvorwürfen, Unterstellungen und falschen Behauptungen, um den Abbruch der Ausstellung zu erzwingen. Ehlers unterstellte die Gleichsetzung von Demokraten mit vorbestraften Neonazis und die Verunglimpfung des „Spiegel“-Magazins durch die Ausstellung. In der Ausstellung wurde ein Spiegel-Artikel hingegen als

Beleg für jahrzehntelange re-vanchistische Forderungen des Bundes der Vertriebenen herangezogen, der zudem versuchte, mit einer Studie die eigene Geschichte zu beschönigen. Schwerins Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow lud alle Interessierten ein, sich ein eigenes Bild von der Ausstellung zu machen und lehnte jegliche Zensur ab. Unzählige Einwohner der Landeshauptstadt folgten der Einladung der Oberbürgermeisterin. Die Linken-Landtagsfraktion kritisierte die Absurdität der CDU/FDP-Vorwürfe, mit denen nach deren Logik mit der VVN-BdA zugleich ver.di und der „Spiegel“ des Extremismus bezichtigt würden. Der Aufforderung des FDP-Politikers Ahrendt, sich von der VVN-BdA zu distanzieren, kamen ver.di und Linke nicht nach. Im Gegenteil – die Linke im Landtag Mecklenburg-Vorpommern verwies auf die zahlreichen Ausstellungseröffnungen in Rathäusern und Universitäten, die durch Bürgermeister und Politiker positiv begleitet wurden. Ver.di Nord verteidigte die Neofaschismus-Ausstellung ausdrücklich, die die Ursachen für die Ausbreitung rassistischen, nationalistischen und militaristischen Denkens und Handelns aufzeige. Das CDU-geführte Bildungsministerium im

nordöstlichen Bundesland antwortete mit einer Bildungszensur für die antifaschistische Ausstellung und warnte per Anschreiben alle Schulen des Landes vor der Ausstellung. Empört wiesen Linke, ver.di und DGB die Bildungszensur zurück. Ver.di-Chef Nord Rüdiger Timmermann kritisierte das Vorgehen des Bildungsministeriums als nicht nachvollziehbar und unverständlich, sei doch gerade das Bildungsministerium zur demokratischen Aufklärung verpflichtet. Mit scharfen Worten kritisierte auch DGB-Vize Ingo Schlüter das faktische Ausstellungsverbot in der Bildungsarbeit. Die Ausstellung sei äußerst wichtig, kritisierte er das Vorgehen von FDP und CDU. In der Ausstellung gebe es keine Gleichsetzung von Neonazis mit einigen demokratischen Politikern, die mit bedauerlichen und demagogischen Ausfällen aufwarteten. Die Macher der Ausstellung in das extremistische Spektrum zu stellen, halte er für ebenso abwegig wie gefährlich. Anders als in Mecklenburg-Vorpommern würden in anderen Ländern Landeszentralen für Politische Bildung die Ausstellung empfehlen. Die täglichen Führungen durch die Ausstellung in Ilmenau im CDU-geführten Thüringen würden das große Interesse an der Ausstellung belegen. Der Versuch der CDU, auch in Suhl die Ausstellungseröffnung zu verhindern, scheiterte. Bürgermeister Jens Triebel lehnte eine Zensur ab. Er verwies auf die Entscheidung des lokalen Aktionsbündnisses für Demokratie, Toleranz und gegen Rechtsextremismus, eben jene Ausstellung in Suhl zu zeigen. **Axel Holz**



Keine Berücksichtigung in den Medien fand der mehrfache Hinweis der VVN-BdA darauf, dass die extremistischen Zuschreibungen im Bayerischen Verfassungsschutzbericht selbst in Bayern heftig umstritten sind. So hatte die SPD-Landtagsfraktion 2010 mit einem Antrag die Streichung der unsinnigen Bewertungen über die VVN-BdA in Bayerischen Verfassungsschutzbericht gefordert. Erhebliche Zweifel an der Aussagekraft der meisten Verfassungsschutzberichte erhob eine Studie der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Dezember 2009. Außer dem Brandenburger und Berliner Verfassungsschutzbericht seien alle weiteren Länderberichte selbst verfassungswidrig, weil eine klare und unmißverständliche Unterscheidung zwischen Verdacht und Nachweis verfassungswidriger Betreibungen in ihnen nicht gegeben sei. Diese klare Unterscheidung hatte aber ein Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes vom 24.05.2005 gefordert.

Entscheidung der Meininger Staatsanwaltschaft zu Wanderausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ ist klares Signal

Nicht nur in Schwerin, auch in Suhl hatte die Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ politische Wellen geschlagen. Die Thüringer CDU hatte gegen den dortigen Veranstalter, das Suhler „Bündnis für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus“ Anzeige erstattet. Auch in Suhl sahen die Konservativen in den Aussagen auf zwei Ausstellungstafeln mit Zitaten von Roland Koch und Guido Westerwelle einen unzu-

lässigen Angriff auf Vertreter demokratischer Parteien. Daraufhin wurden die zwei Tafeln von der örtlichen Polizei abgehängt und durch die Staatsanwaltschaft geprüft. Das Ergebnis war eindeutig, es gibt keine Anhaltspunkte für Straftaten wie Beleidigung oder gar Verleumdung – die Tafeln wurden wieder aufgehängt. „Die Entscheidung sollte auch den Schweriner Kritikern der im Stadthaus von ver.di Nord und dem VVN –

BdA initiierten Ausstellung zu Denken geben. Die ganze Kampagne war von Anfang an politisch motiviert und zielte unter anderem darauf, unliebsame Äußerungen zu zensieren, so Henning Foerster, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im Schweriner Stadthaus. Die Entscheidung der Suhler Staatsanwaltschaft zeigt aus Sicht der Linksfraktion ganz deutlich, dass der Versuch, die Inhalte der Aus-

stellung zu kriminalisieren, gescheitert ist. „Wir sollten nun zur Normalität zurückkehren und uns als Demokraten auch weiterhin gemeinsam im Kampf für Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren. Ausstellungen sollen zum Nachdenken und Diskutieren anregen, die Schweriner Debatte ist diesbezüglich jedoch über das Ziel hinausgeschossen“, so Foerster abschließend.

MEINUNGEN

Kubas Humanismus

Der junge Marx bezeichnete den Kommunismus als vollendeten Humanismus. Daran wurde ich erinnert als ich auf den Flughäfen von Varadero Marx „Kapital“ als Buch des Humanismus angepriesen sah. Und weil der Humanismus und Internationalismus durch Kuba groß geschrieben wird, erfährt es Solidarität aus aller Welt. Um diesen humanistischen Internationalismus besser fühlbar zu machen, möchte ich einige Ausschnitte aus einem Brief des brasilianischen Arztes Dr. Marcus Dutra unterbreiten. Er studierte an der Lateinamerikanischen Hochschule für Medizin (ELAM) in Kuba und befindet sich gegenwärtig im internationalen Hilfseinsatz der Indianersiedlung Nabasanuka in Venezuela. Und hier seine Ergebnisse und Gedanken in einer Notfallsituation einer Spätschwangerschaft: Es ist richtig: Wäre die kubanische Revolution und die boliviarische Revolution nicht gewesen, dann würde all dies nicht möglich geworden sein. Diese Frau zuckte ständig. Ich behandelte sie nach besten Kräften mit all dem, was ich zur Verfügung hatte. Ich habe hier leider nicht all die Mittel eines Krankenhauses und hatte auch keine Zeit mehr, um sie früh morgens in ein anderes Behandlungszentrum zu bringen. Das Krankenfahrzeug stand da ohne einen Tropfen Kraftstoff. Und sie hatte bereits begonnen zu gebären. Nach einer sehr stressigen Lage mit dem ständigen Risiko, dass die Frau nicht überleben würde, kam letztlich gut das Baby zur Welt. Ein Junge. Ein kleiner Dicker. Der Mutter begann es besser zu gehen. Als sie dann einschlieft und ich auf etwas frische Luft nach draußen gehen konnte,

war es 4 Uhr früh. Ich spazierte auf der kleinen Mole herum, die es gegenüber unserer Ambulanzeinrichtung gibt. Gemacht aus halbverfaulten Brettern. Ich fühlte mich unaufhörlich glücklich, dieser Mutter und ihrem Kind geholfen zu haben. Ein tiefer Stolz lag in meiner Seele. Und als ich das so verspürte, fragte ich mich ohne Ende: Junge, ob Fidel überhaupt wissen wird, welches Ausmaß an Gutem er der Menschheit bereitet hat? Wird er sich vielleicht vorstellen, dass es in einer kleinen Siedlung des ärmsten Bundesstaates von Venezuela am Orinoco um 4 Uhr morgens einen Arzt und Sohn der ELAM aus Kuba gibt, der hier die Menschenleben rettet, die sonst von allen vergessen worden wären? Wird er verstehen können, wie sehr sie ihn brauchen? Wie sehr sie Menschen wie ihn brauchen, um das Glück der Menschen zu machen? Wird er verstehen, dass es nicht genug Worte gibt, um dies auszudrücken? Und dann die Frage: Wird das Kind eines Tages wissen, dass wenn Fidel Castro nicht vorhanden wäre, es selbst kein Leben haben würde? Arleen, auf diese Weise verspürte ich mehr denn je den Stolz von allen kubanischen Internationalisten. Von ihnen allen, die in den 60er Jahren nach Algerien abreisten, die in den Kongo fahren, die mit dem Che in Bolivien waren, die in Angola mitkämpften. Und was ich da fühlte im Bauch, Arleen, als ich mir darüber klar wurde, dass ich jetzt auch ein kubanischer Internationalist bin, ein Soldat, ein Revolutionär, im Dienst der kubanischen Revolution und dieses unglaublichen Giganten Fidel Castro.

Karl Scheffsky

Im regen Gedankenaustausch

von Hermann Redlin

Voller Aufmerksamkeit und Interesse verfolgten die Genossen aus der Weststadt die sachkundigen und leidenschaftlich vorgetragenen Ausführungen unserer Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow. Wie konnte es anders sein, sie schilderte ausführlich die finanzielle Situation in unserer Landeshauptstadt. „Ohne Moos nix los“ so sagt der Volksmund. Drastische Sparmaßnahmen, hier und da geringe Mehreinnahmen bestimmen die Finanzlage und engen den Spielraum kommunaler Aktivität stark ein. Arbeitslosigkeit, Hungerlöhne, Unterbezahlung, Mindereinnahmen haben darauf unmittelbar Einfluss. Nicht selten gehen soziale Zugeständnisse durch den Bund zu Lasten der Städte und Gemeinden. Hartz IV muss weg, von seiner Arbeit muss man leben können, Mindestlöhne her, das alles fordert DIE LINKE seit langem. Es kann doch nicht sein, das nicht selten der Lebensunterhalt, das Existenzminimum selbst bei Vollzeittätigkeit nur dadurch gewährleistet wird, dass der Staat mit Steuergeldern eingreift. 5,- oder 8,- Euro sind den Betroffenen zu gönnen, dürfte aber das soziale Problem nicht wirklich lösen. „Rot-Grün“ brachte Hartz IV und das Drumherum einst auf den Weg! Angelika Gramkow untermauerte die Rolle der Stadt als Zentrum des Umlandes und informierte überein „Leitbild“ für die Stadt, das in der Stadtvertretung zu beschließen sei. Schwerin müsse mit seiner natürlichen Lage, der Umgebung, seinen sieben Seen mehr wuchern, die historisch gewachsene restaurierte und modernisierte Altstadt noch überzeugender ins Bild setzen und zum Anziehungspunkt für Zuzügler aus dem Umland und aus anderen Bun-

desländern machen, zumal die Einwohnerzahl in der Vergangenheit rückläufig gewesen sei. Die anwesenden Genossen bewegte auch das Gezerre um die geplante Unterbringung Obdachloser in einem Objekt in der Weststadt. Es befremdet schon, wenn ein Teil der Einwohner vehement mit fadenscheinigen Argumenten dagegen Sturm läuft. Ausgrenzend, intolerant, ja inhuman so sahen es Teilnehmer, wenn Menschen, die am Rand der Gesellschaft leben müssen, schuldlos oder einfach nicht ganz fähig das Leben zu meistern, das Recht auf ein einigermaßen menschliches Dasein abgesprochen wird. Ja doch, nicht nur in unserer Nähe scheint das Denken und Handeln selbst solcher Leute zu sein, die das „C“ für christlich in ihrem Parteinamen führen. Die Vernunft sollte doch Oberhand behalten. Noch mach Anderes bewegte die Anwesenden. Was wird mit den Überschüssen aus der BUGA? Welchen Sinn macht es, vorzuschlagen, das Schweriner Schloss für die Aufnahme in das Weltkulturerbe vorzusehen? Wie verhält es sich mit dem politischen Kräfteverhältnis in der Stadtvertretung? Wie geht es mit der Programmdebatte innerhalb der LINKEN weiter? Unterstrichen wurde, dass die „Kontrahenten“ in der Diskussion aufeinander zugehen müssten und es ohne Kompromisse nicht ginge. Kritisch vermerkt wurde auch, dass es zur Zeit in der Öffentlichkeit um die LINKE zu still sei. Alles in allem, die Teilnehmer an der Veranstaltung gingen mit dem Gefühl nach Hause: Es ist ein Gewinn, eine tatkräftige, sachkundige, kämpferische Oberbürgermeisterin von den LINKEN an der Schweriner Spitze zu wissen.

**Diskussion zum Wahlprogramm
mit Helmut Holter
7. März 17:00 Uhr
in der Geschäftsstelle**

Linke Reformprojekte auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Schwerin zur Programmdebatte der LINKEN stellte sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Deutschen Bundestag, Dr. Dietmar Bartsch, am 3. Februar im Schleswig-Holstein-Haus den Fragen der mehr als 40 Interessierten. „Die Linke muss sich mit dem Programmwurf und der Debatte darum stärker in die Gesell-

tierkapitalismus. Deshalb müsse man die BRD reformieren. Natürlich wurden in Regierungsverantwortung Fehler gemacht, habe man selbst zu hohe Erwartungen gehabt und vermittelt. Deshalb wäre es wichtig, sich in Oppositionszeiten darüber klar zu werden, was machbar sei. Wie realistisch die linken Reformprojekte aus dem Programmwurf denn tatsächlich wären, wo die LINKE in Verantwortung doch ebenfalls Arbeits-

Plätze im Öffentlichen Dienst abbauen würde? Wie realistisch sind also z. B. die Schaffung von Millionen neuer Arbeitsplätze im Bereich öffentlicher und sozialer Dienstleistungen oder die Demokratisierung der Medien, wie im Programmwurf beschrieben? Natürlich, so der Bundestagsabgeordnete, müsse man Beschäftigung im Öffentlichen Dienst differenziert betrachten. Bei der Polizei ist die Schmerzgrenze beim Stellenabbau wohl erreicht. Hier könne man nur noch intern Personal verschieben. Die Bundeswehr aber könne man getrost weiter reduzieren. Ansonsten müsse Arbeit gerechter verteilt, der Arbeitsbegriff neu definiert werden – eine alte Forderung im linken Lager – von letzterer spricht der Programmwurf jedoch nicht. Die Medien zu demokratisieren bedeute, Einfluss auf die Marktbedingungen und den Marktzugang zu nehmen, die Position der Redaktionen und der Mitarbeiter zu stärken. Im Übrigen würden die neuen Medien weiter an Bedeutung gewinnen und sich eine ungekannte Vielfalt an Anbietern den Informationsmarkt künftig teilen, weshalb die Bedeutung einzelner Anbieter sinken wird. In der kurzweiligen zweistündigen Diskussion kamen auch Eigentums- und Wachstumsfragen, der sozial-ökologische Umbau, das bedingungslose Grundeinkommen und das Verhältnis der LINKEN zur SPD zur Sprache. Bartsch bezeichnete dabei die Privatisierung öffentlichen Eigentums als völlig falschen Weg, der umgekehrt werden müsse. Das öffentliche Eigentum müsse wieder gestärkt werden, die öffentliche Daseinsvorsorge gehöre in öffentliche Hand. Wachstum müsse qualitativ bewertet werden, denn ganz ohne Wachstum ginge es nicht. Der sozial-ökologische Umbau müsse im Programm noch mehr Substanz erhalten und er plädierte für eine solidarische Grundsicherung, weil die auch das Leistungsprinzip beinhalte. Mit der SPD gäbe es z.Z. wenige Gemeinsamkeiten, aber für Veränderungen brauche man politische Mehrheiten. Das käme dem Bohren dicker Bretter gleich. DIE LINKE, so Bartsch, sei ein Erfolgsprojekt, das in kürzester Zeit die politische Agenda der Bundesrepublik relevant verändert hätte. Beispiele dafür seien die Mindestlohndebatte und der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr. Wenn sich DIE LINKE nicht in parteiinternen Querelen verstricken würde, dann wäre sie auch weiterhin für viele Menschen wählbar. Bundesweit sei sie erstmals eine wahrnehmbare Alternative und auch im Osten sei DIE LINKE durch den Zusammenschluss mit der WASG gestärkt worden. Die gesellschaftlichen, die politischen Veränderungen begännen aber nicht in den Parlamenten, sondern außerhalb dieser.

Jörg Böhm

Nach langer Krankheit hat uns unsere treue Genossin und VVNBDa-Kameradin Gerlinde Fiebiger für immer verlassen. Wir, die GenossInnen der BO 106, trauern um sie.



Jörg Böhm im Gespräch mit Dr. Dietmar Bartsch

schaft hineinbegeben. Sie - die Programmdebatte - darf nicht nur Raum für unterschiedliche Positionen lassen, sondern muss neue Antworten auf zahlreiche Fragen geben. Wenn wir es klug anstellen, dann können wir politische, auch machtpolitische - Veränderungen herbeiführen“ so Dietmar Bartsch. Hat nicht aber gerade die Machtbeteiligung auf Landesebene der LINKEN eher geschadet? Bartsch antwortet auf diesen scheinbaren Widerspruch mit den Erfahrungen auf der kommunalen Ebene. Dort sei DIE LINKE im Osten seit Jahren vielerorts in Mitverantwortung. Trotzdem oder gerade deswegen würde es aber auch Landräte oder sogar Oberbürgermeister/innen geben. DIE LINKE ist am kapitalistischen System beteiligt, das müsse man akzeptieren und dürfe keine Angst haben, sich auf den Kapitalismus einzulassen. Eine Revolution würde es in Deutschland nicht geben und wir leben auch nicht im Raub-

plätzen im Öffentlichen Dienst abbauen würde? Wie realistisch sind also z. B. die Schaffung von Millionen neuer Arbeitsplätze im Bereich öffentlicher und sozialer Dienstleistungen oder die Demokratisierung der Medien, wie im Programmwurf beschrieben? Natürlich, so der Bundestagsabgeordnete, müsse man Beschäftigung im Öffentlichen Dienst differenziert betrachten. Bei der Polizei ist die Schmerzgrenze beim Stellenabbau wohl erreicht. Hier könne man nur noch intern Personal verschieben. Die Bundeswehr aber könne man getrost weiter reduzieren. Ansonsten müsse Arbeit gerechter verteilt, der Arbeitsbegriff neu definiert werden – eine alte Forderung im linken Lager – von letzterer spricht der Programmwurf jedoch nicht. Die Medien zu demokratisieren bedeute, Einfluss auf die Marktbedingungen und den Marktzugang zu nehmen, die Position der Redaktionen und der Mitarbeiter zu stärken. Im Übrigen würden die neuen Medien weiter an Bedeu-

Herzliche Glückwünsche

Ihren Geburtstag feiern
am 3. März
Genosse Wolfgang Haupt,
am 10. März
Genosse Wolfgang Kunze,
am 15. März
Genosse Günter Krebs
Genosse Horst Weihmann
am 17. März
Genosse Torsten Kath.
Die Stadtteilorganisation
Krebsförden übermittelt
ihre herzlichsten
Glückwünsche

Die BO 605 gratuliert der
Genossin Sigrid Gabler
zum 71., dem
Genossen Stefan Templin
zum 27. und dem
Genossen Martin Gabler
zum 74. Geburtstag und
wünscht ihnen alles Gute

Am 13. März begeht
Genosse Horst Elle seinen
90. Geburtstag. Dazu die
besten Wünsche für
Gesundheit und Wohlergehen
von den **Genossinnen**
und **Genossen seiner**
Stadtteilorganisation in
Friedrichsthal

Herzliche Glückwünsche
zum Geburtstag erhält
Genossin Petra Böttcher
am 19. März von ihren
Kollegen

Impressum

"Offenes Blatt" wird herausgegeben vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin.

Anschrift der Redaktion: Martinstraße 1/ 1A, 19053 Schwerin, Tel.: 0385/ 7587454, E-Mail: info@die-linke-schwerin.de, Internet: www.die-linke-schwerin.de Die nächste Ausgabe erscheint am 01.04.2011, Redaktionsschluss ist der 25.03.2011.

Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.

Kann es einen grünen Kapitalismus geben?

Die 4. Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Schwerin zur Programmdebatte der LINKEN knüpfte unmittelbar an die Diskussion über die Reformprojekte der LINKEN am 3.2. mit MdB Dr. D. Bartsch an und wandte sich einem ganz konkreten Projekt, dem sozial-ökologischen Umbau zu. Prominenter Gast war Prof. Dr. Wolfgang Methling, der nach der politischen Wende zum Prof. für Tiergesundheitslehre an der Uni Rostock berufen wurde und von 1998 bis 2006 Umweltminister in M-V war. Die Überzeugung, dass man sich persönlich engagieren muss, war frühzeitig der Antrieb für sein politisches, zunächst viele Jahre ehrenamtliches und seit 1998 hauptamtliches Wirken. Die ökologische Frage werde zwar in fast allen Parteien und auch in den Kirchen seit vielen Jahren diskutiert, aber einen grünen Kapitalismus könne es nicht geben, solange Profitinteressen gegenüber ökologischen und sozialen Zielen dominant seien. Genau in diesem Punkt unterscheidet sich DIE LINKE, die die ökologische Frage nicht von der sozialen trenne. Methling gab viele plausible Beispiele dafür und für falsche oder zweifelhafte Wege, die in der Gegenwart beschränkt werden, seien es der verschobene Atomenergieausstieg, die Kernforschung, die Verbrennung fossiler Rohstoffe für die Energiegewinnung oder das Vorhaben, Solarenergie für Europa in Afrika gewinnen zu wol-

len. Vielmehr plädierte der Linkspolitiker für eine Technologieentwicklung nach dem Vorbild der Natur und bedauerte in diesem Zusammenhang den Umgang mit dem Zukunftszentrum Nieklietz.

Die ökologische Frage sei eine zentrale Frage und erfordere auch eine zentrale Antwort. An dieser Stelle habe der Programmtextwurf der Linken noch Defizite. Die Innovationskraft der LINKEN läge nicht in ihren ökologischen Ansätzen, sondern in deren Verknüpfung mit anderen Politikfeldern.

Methling verwies in diesem Zusammenhang auch auf Fragen des Wachstums, des Eigentums, der Demokratie und der Friedenspolitik. Insgesamt sei ein totaler gesellschaftlicher Wechsel notwendig, um die ökologische Frage für die Zukunft tragfähig zu lösen. Dafür müsse man Mehrheiten gewinnen – in Parlamenten und außerhalb – und man müsse schon jetzt Schritte in die richtige Richtung gehen. Auch Kompromisse gehörten dazu, wenn sie in die richtige Richtung weisen. Und natürlich könne die Zukunft nur global gemeistert werden, wobei die entwickelten Länder eine besondere Verantwortung dafür trügen. Aus seiner Sicht, so stellte er abschließend heraus, sei es unabdingbar, dass ein Sozialist auch ein ökologisch denkender und handelnder Mensch sei.

Jörg Böhm

Wohnungslose müssen integriert werden

In den vergangenen Tagen wurde, insbesondere in der Schweriner Weststadt, eine von Vorurteilen geprägte Diskussion über die Verlegung der Wohnungslosenunterkunft vom Großen Dreesch in den Mittelweg losgetreten. „Die von einzelnen Stadtvertretern emotional angeheizte Diskussion beschämt mich als zukünftigen Einwohner und Unternehmer in der Schweriner Weststadt“ erklärt der Kreisvorsitzende der LINKEN, Stefan Schmidt. Dabei wird vollkommen außer Acht gelassen, dass Wohnungs- und Obdachlosigkeit ein gesellschaftliches Problem darstellt, das jeden von uns plötzlich treffen kann, ohne dass es dafür eine persönliche Schuld gäbe. In der Diskussion wird unterstellt, dass es sich bei den zirka 35 betreuten Personen um schwer kriminelle handelt. Sicher geht

es hier nicht um Menschen, die im Stadtbild nicht auffallen würden. Aber gerade ein in seinen sozialen Strukturen gefestigter Stadtteil, wie die Schweriner Weststadt mit ihren 12000 Einwohnern, ist sehr gut in der Lage, diese Menschen mit offenen Armen empfangen, eine Rückkehr in ein geregeltes Leben und damit eine Integration in unsere Gesellschaft zu erleichtern. Es bleibt zu hoffen, dass die ständig wiederholten falschen Behauptungen einzelner Stadtvertreter nicht von der bisher sehr konstruktiv geführten Diskussion in der Schweriner Stadtvertretung ablenken. Die Schweriner LINKE wird sich aktiv dafür einsetzen, Vorurteile bei den Bewohnerinnen und Bewohnern der Weststadt abzubauen und so die Integration der Einrichtung in den Stadtteil zu befördern.

"19 zu 1.687"

Ehemalige ausländische SS-Angehörige, von denen viele am Holocaust beteiligt waren, beziehen Renten aus Deutschland. Demgegenüber erhalten ehemalige Kriegsgefangene, vor allem aus der Sowjetunion und Italien, die für Nazi-Deutschland Zwangsarbeit leisten mussten, keine Rente, keinerlei Entschädigung, nichts. Auf Proteste dagegen reagierte die Bundesregierung schon unter Kanzler Kohl mit der Ankündigung, die „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ im schwäbischen Ludwigsburg werde die SS-Leute aus dem Ausland daraufhin überprüfen, ob sie Verbrechen begangen haben, weil sie dann ihren Rentenanspruch verlieren würden. Doch die Zentralstelle war und ist nicht in der Lage, solche Aufträge zu erfüllen. Sie hat nur 19 Mitarbeiter, inklusive Kraftfahrer und Reinigungskräfte. Zum Vergleich: Die Stasi-Unterlagen-Behörde hat derzeit, 20 Jahre nach Ende der DDR, 1.687 Mitarbeiter. Ludwigsburg hatte 20 Jahre nach Kriegsende 121 Mitarbeiter. Nie hatte die Zentralstelle ausreichende Mittel und auch nie genügend Per-

sonal, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Aber alljährlich unterstützt die Bundesregierung die Veteranentreffen der Wehrmacht und der Bundeswehr in Mittenwald, wo Kriegsverbrechen geleugnet oder verharmlost werden; bisher gibt es keinerlei Hinweise darauf, dass diese Treffen auf die von Minister zu Guttenberg angeblich geplante Streichliste unsinniger und gefährlicher Rituale bei der Bundeswehr gesetzt werden. Und in Den Haag, am Internationalen Gerichtshof, klagt die Bundesregierung gegen Italien, nachdem das höchste italienische Gericht zugunsten bisher unentschuldigter italienischer und griechischer Wehrmachtsoffer entschieden hat. Um deren Ansprüche abzuwehren, scheut die Bundesregierung keine noch so hohen Anwalts- und Gerichtskosten. Und gewinnt jedenfalls Zeit – bis vielleicht irgendwann niemand mehr Ansprüche erhebt. 19 hier, 1.687 dort. Das Zahlenverhältnis macht klar, wo diejenigen stehen, die über Stellen und Mittel verfügen. Und wo sie nicht stehen: nicht auf Seiten der Opfer massenhaften Mordens.

Ulrich Sander

Veranstaltungstermine im März der Rosa-Luxemburg-Stiftung Schwerin

Deutsches Frauenleben in Ost und West 1945-1988

Eine gemeinsame Veranstaltung mit der VHS Schwerin und dem Schelfstadtkultur e.V.i.G. zum 100. Jahrestag des Internationalen Frauentages

10. März 2011 17:00 Uhr
Volkshochschule
„Ehm Welk“
Puschkinstr. 13

Heuschrecken im öffentlichen Raum: Public Private Partnership – Anatomie eines globalen Finanzinstruments

Vortrag und Diskussion mit
Dr. Werner Rügemer

30. März 2011 19:00 Uhr
Haus der Kultur
Raum 101
Arsenalstr. 8

Dresden blieb Nazifrei

Schwerinerinnen und Schweriner waren in Dresden dabei, als es galt, den Nazis die Stadt streitig zu machen. Viele Buskonvois waren in Dresden angekommen und versuchten sich von verschiedenen Stellen aus dem Dresdner Hauptbahnhof zu nähern. Die Behinderung des Protestes gegen die Nazis begann, bevor wir in Dresden waren. Einige Kilometer vor Dresden ließ die Polizei die Busse nicht weiter fahren. Wir mussten aussteigen und die restlichen Kilometer zu Fuß gehen. Dass die Busse dann neben uns herführen und auf der zweiten Autobahnspur die Autos fuhren, machte die Sache nicht leichter. Aber keiner wurde verletzt - glücklicher Weise. Auch den restlichen Tag war ein Konzept der Deeskalation der Polizei nicht zu erkennen. Das Gegenteil war der Fall. Ohne erkennbaren Grund wurden Pfefferspray und Gummiknüppel eingesetzt. Auf einen Teilnehmer der Demonstration wurde ohne erkennbaren Grund ein Polizeihund gehetzt. Unser Teil der Demonstration

wurde durch die Stadt geschubst und von den Polizisten gejagt. Immer in der ersten Reihe mit dabei, Dagmar Enkelmann von



Schweriner Genossen mit Dagmar Enkelmann bei der Straßenblockade.

unserer Bundestagsfraktion, die als parlamentarische Beobachterin gekennzeichnet an der Demonstration teilnahm. Auch sie bekam Pfefferspray von der Polizei gratis, trotz Kennzeichnung. Merkwürdige Demokratie, in der die Polizei Bundestagsabgeordnete angreift und verletzt, damit

sie nicht gegen Nazis demonstrieren können. Doch zum Schluss war es durch die gute Führung des Infoteams gelungen, dass wir am Hauptbahnhof ankamen. Ein letztes Mal versuchte die Polizei die Gruppe zu trennen. Als die

Polizeikette. Nun war auch unsere Kreuzung gesichert. Die Polizei würde die Kreuzung räumen müssen. Die notwendigen Wasserwerfer und Transportautos für die Verhafteten standen bereit. Dazu kam es allerdings nicht. Der Bahnhof selbst und alle Kreuzungen rund herum waren durch Demonstranten blockiert. Die Nazis, 800 waren mit dem Zug angereist, kamen nicht aus dem Bahnhof und die anderen, die in Bussen angereist waren, kamen nicht an den Bahnhof heran. Wir hatten unser Ziel erreicht. Die Nazis konnten den Jahrestag der Zerstörung Dresdens durch die Bomben des zweiten Weltkriegs nicht für ihr ideologisches Kalkül nutzen. Demokratinnen und Demokraten aus der ganzen Bundesrepublik haben sich erfolgreich zur Wehr gesetzt. Das die Polizei und die Stadtverwaltung ganz offensichtlich eine andere Rolle spielten, macht deutlich, dass die Demokratie ohne die Bürgerinnen und Bürger nicht lebt und bei weitem keine Selbstverständlichkeit ist. Letztendlich werden alle begreifen müssen: „Antidemokraten haben nicht das Recht, sich auf demokratische Grundrechte zu berufen...“

Peter Brill

Castorprotest ... Castortransport

Immer am Montag versammelten sich zahlreiche Schwerinerinnen und Schweriner, um gegen die Castortransporte in das Zwischenlager Nord bei Lubmin zu protestieren, damit unsere Landes-

hauptstadt strahlen kann. Nicht aufgrund von Castortransporten, sondern als touristische und kulturelle Perle im norddeutschen Raum. DIE LINKE. Schwerin war stets mit vielen Akteuren vor Ort und zeigte Flagge.



Schweriner LINKE protestierten - Mecklenburg-Vorpommern darf nicht zum Atomklo werden!!!

40 Schwerinerinnen und Schweriner, davon 30 ohne Uniform, trafen sich am 16. Februar um 23.00 Uhr an der Eisenbahnunterführung in der Lübecker Straße. Mit dabei auch Mitglieder der Linksjugend solid aus Schwerin. Es war schon eine Wartezeit, die in der Kälte nicht nur Spaß machte. Musikalische Begleitung aus einem Horn und warme Getränke ließen die Zeit jedoch vergehen. Die Bahn wurde ihrem Image gerecht und hatte Verspätung. Verantwortlich war diesmal aber nicht die Bahn, sondern Demonstranten, die bei Rastow den Zug aufgehalten hatten. Wunderkerzen sorgten dafür, dass nicht nur der Zug strahlte, sondern auch wir zurückstrahlten. „Castor stopp!“ war der Ruf, der dem Zug auch in Schwerin entgegen wehte, der Zug hörte auf uns und hielt an. Ein Demonstrant war auf die Schienen gesprungen.

Nach zwanzig Minuten setzte sich der Zug wieder in Bewegung. Doch nicht lange. Um 0.35 Uhr meldete der Castorticker im Internet: „Der Castor steht in Schwerin-Medewege in Sichtweite der Blockade.“ Dort waren es mehr Aktivisten, die auf den Wahnsinn von Atomstrom aufmerksam machen wollten. Denn die Losung „Abschalten!“ galt nicht unbedingt dem Transport selbst. Vielmehr den Atomkraftwerken und den Energiekonzernen, die Dank der tatkräftigen Unterstützung der Bundesregierung Milliarden mit unsicheren Atomkraftwerken, die eigentlich niemand bräuchte, scheffeln. Dass nun auch Mecklenburg-Vorpommern als Atomklo erhalten soll, das ist nicht einzusehen. 0.48 Uhr war dann auch die Blockade in Medewege geräumt und der Zug mit der gefährlichen Fracht hatte Schwerin verlassen. **P.Brill**